

Webels Woche

Ausgabe 13 / W8 / 24.02.2017

Liebe Mitglieder und Freunde der CDU Sachsen-Anhalt,

in dieser Woche standen gleich mehrere Themen im Vordergrund der öffentlichen Debatte. Zum einen wurde aus der Mitte unserer Partei heraus zur Gründung eines landesweiten Konservativen Kreises eingeladen. Ich begrüße diese Initiative, denn sie zeigt, dass bei uns eine offene und lebendige Diskussionskultur herrscht. Wir bieten vielen Positionen eine politische Heimat: Nationalkonservative sind bei uns genauso zuhause wie Liberale oder Sozialpolitiker. Uns alle eint das Wertefundament unseres Grundsatzprogramms, das wir mit breiter Beteiligung der CDU-Mitglieder in Sachsen-Anhalt gemeinsam erarbeitet und 2013 verabschiedet haben.

In diesem Grundsatzprogramm haben wir unter anderem die Leitkultur verankert. Dort haben wir auch Begriffe wie Heimat und Nation, Vaterland und Patriotismus positiv beschrieben. Und eben dort haben wir uns den programmatischen Kompass dafür erarbeitet, dass wir dann später im Koalitionsvertrag gegen den erbitterten Widerstand von SPD und Grünen die Obergrenze bei der Integration durchgedrückt haben. Dies ist übrigens bundesweit der einzige Koalitionsvertrag, in dem eine Integrationsobergrenze auftaucht. In keinem anderen Bundesland, bei keiner anderen Landesregierung gibt es eine Obergrenze im Koalitionsvertrag. Nirgendwo sonst konnte eine andere Landes-CDU bislang eine Integrationsobergrenze in einem Koalitionsvertrag durchsetzen, nirgendwo sonst mussten SPD und Grüne bislang eine solche Kröte schlucken.

Zum zweiten will ich hier auch ein klares Wort zum Wahlfälschungsprozess in Stendal an Sie richten. Seit Bekanntwerden der Betrugsvorwürfe im Jahre 2014 hat die Parteiführung wiederholt eine vollständige und schonungslose Aufklärung gefordert. Wir haben immer gesagt, dass es das gemeinsame Interesse aller CDU-Mitglieder sein muss, die Vorwürfe aufzuklären. Wir haben aber auch immer gesagt, dass diese Aufklärung nicht in Magdeburg oder Berlin, sondern nur vor Ort geleistet werden kann. Und wichtig ist auch der Hinweis: die Union sitzt nicht auf der Anklagebank. Unserer Partei wurde durch die Wahlfälschung vielmehr selbst erheblicher Schaden zugefügt.

Deshalb ist es auch schäbig, wenn die politischen Gegner vor Ort die Stendaler CDU unter Generalverdacht stellen oder vorverurteilen. Die Unschuldsvermutung gilt für jedermann.

Und damit bin ich – zum dritten – bei unseren politischen Mitbewerbern. SPD und Linkspartei haben ihre Landeslisten für die Bundestagswahl beschlossen. Die medialen Schlagzeilen dazu sprechen eine eindeutige Sprache: „Die Abrechnung“, „Budde spaltet die Landes-SPD“ und „Linke stolpert in den Wahlkampf“ – so titelten die Zeitungen im Land. Auch viele Leserbriefe haben sich sehr kritisch mit den Personalentscheidungen der beiden linken Parteien auseinandergesetzt. Viele Menschen fragen sich zu Recht, warum die Verlierer der Landtagswahl mit einem Platz im Bundestag entschädigt werden sollen. Und noch viel mehr Menschen werden sich fragen, wofür diese Parteien eigentlich stehen.

Wie erwartet tun Martin Schulz und die SPD inzwischen so, als seien sie in der Opposition. Dabei hat die SPD im Bund seit 1998 lediglich vier Jahre lang nicht mitregiert. Wenn führende Sozialdemokraten jetzt Schröders „Agenda 2010“ schreddern, spielen sie ganz bewusst der Linkspartei in die Hände. Die Arbeitsmarktreformen waren richtig – und die Zahlen sprechen eine eindeutige Sprache: seit 2005 hat sich die Zahl der Arbeitslosen halbiert. Heute beziehen über 1,2 Millionen Menschen weniger Arbeitslosengeld I und auch die Zahl der Hartz-IV-Empfänger ist um 900.000 gesunken. Deutschland erreicht jedes Jahr neue Beschäftigungsrekorde. Die Zahl der geringfügig Beschäftigten sinkt seit Jahren. Mit anderen Worten: SPD und LINKE betreiben mit „alternativen Fakten“ Stimmungsmache. Ich bin aber sicher, dass die Bürgerinnen und Bürger keine rückwärtsgewandten Debatten wollen. Vielmehr erwarten sie von den Parteien klare Aussagen, wie die Zukunft gestaltet werden soll. Dies wird die entscheidende Auseinandersetzung im Wahlkampf werden und dabei wird Ehrlichkeit über Populismus siegen.

Ihr

Thomas Webel
Landesvorsitzender